

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen
rechtlich unselbstständige Anstalt in der
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
532100 Städtebau
Kaiserleistraße 29-35
63067 Offenbach am Main

Antrag auf Förderung eines Projektes nach den Richtlinien des Landes Hessen nach § 3 des Hessischen Energiegesetzes (HEG) zur Förderung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in den Kommunen (Kommunalrichtlinie (Energie))

- Neubauten und Ersatzneubauten als Modellvorhaben nach Teil III, bzw. Teil II B -

Förderanträge sind grundsätzlich in einfacher Ausfertigung oder (nach Abstimmung mit der WIBank) digital vorzulegen

1. Antragsteller	
Antragsteller:	
Anschrift:	
Kreis:	Regierungsbezirk:
Gemeindegennziffer (ggf. des Investitionsorts):	
Ansprechpartner/in:	Telefon:
Fax:	E-Mail:
Ist der Antragsteller Mitglied des Bündnisses „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ und hat Anspruch auf eine um 10 % erhöhte Förderquote? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

2. Angaben zum Projekt
Projekt:
Investitionsort: (Standortangabe unter Angabe des Stadt-/Gemeindeteils, der Straße, der Hausnummer oder des Flurstücks)
Es handelt sich um ein(en) <input type="checkbox"/> Neubau als Modellvorhaben mit besonders hohen energetischen Standards nach Teil III der Kommunalrichtlinie (Energie) <input type="checkbox"/> Ersatzneubau als Ausnahmefall nach Teil II B der Kommunalrichtlinie (Energie) Zutreffendes bitte ankreuzen. Es kann jeweils nur ein Projekt mit einem Förderantrag beantragt werden.

Kann das zu errichtende Gebäude auf über den örtlichen Bezug hinausgehender Ebene wirtschaftlich genutzt werden?

ja nein

(z. B. Stadthallen, Schwimmbäder mit Wellness- oder Spaßbereichen, Sportarenen, Theater, Kureinrichtungen)

Falls ja: bitte mit diesem Antrag eine (DAWI-)De-minimis-Erklärung vorlegen

Handelt es sich um eine kommunaleretzende Maßnahme?

ja nein

Kommunaleretzend sind nach Teil I Nr. 4 der Kommunalrichtlinie (Energie) Maßnahmen, bei denen ein nicht-kommunaler Träger (Dritter) eine Maßnahme im kommunalen Aufgabenbereich durchführt und die Aufgabe anstelle der Kommune wahrnimmt.

Im Fall einer kommunaleretzenden Maßnahme:

Die Projektumsetzung erfolgt nicht durch den Antragsteller, sondern durch

.....

.....

Durchführungszeitraum:

Das Projekt soll in der Zeit vom bis durchgeführt werden.

Hinweis: Es werden grundsätzlich nur Projekte gefördert, die vor Rechtskraft des Zuwendungsbescheides noch nicht begonnen worden sind.

3. Beantragte Zuwendung

Wir beantragen die Gewährung eines Zuschusses für vorstehend genanntes Projekt in Höhe von:

..... €¹

in Worten:

Im Fall einer kommunaleretzenden Maßnahme:

Werden die Fördermittel an ein Unternehmen oder an ein Unternehmen, das Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringt, weitergeleitet?

ja nein

Falls ja: bitte mit diesem Antrag eine (DAWI-)De-minimis-Erklärung vorlegen

¹ Hinweis in Nr. 5 beachten

4. Kurzbeschreibung des Projektes

(Bei umfangreichen Maßnahmen bitte separat als Anlage anfügen)

Kurzbeschreibung des Ist-Zustandes, kurze Darstellung und Begründung des Vorhabens; Ziel des Vorhabens, technische Daten und Erläuterungen zum Vorhaben (z. B. Angabe der Nettoraumfläche des Gebäudes), Darstellung, welcher Energieeffizienzstandard erreicht werden soll, vorgesehene Nutzung des Gebäudes nach Fertigstellung, ggf. Verweis auf fachtechnische Projektbeurteilung, bei Ersatzneubauten: Darstellung der die Ausnahme rechtfertigenden Begründung).

Angaben zum Vorhaben **(bitte als Anlage anfügen)**

- a) Arbeitsplan des Vorhabens:
(Angaben zum angestrebten Energieeffizienzstandard und zur konzeptionellen Umsetzung als Modellprojekt, Beschreibung der einzelnen Arbeitsschritte mit Darstellung der technischen Lösungen (z. B. zu Strom- und Wärmeversorgung, Lüftungsanlage, Messtechnik); Definition von Teilzielen, Darstellung der Projektdokumentation und vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit). Bitte die Unterschreitung der gesetzlichen Mindeststandards, Energiebedarfs- und Umweltgrenzwerte darstellen. Bei Ersatzneubauten bitte zusätzlich die erforderlichen Abbrucharbeiten, die Entsorgung und Verwertung des Bauschutts darstellen.
- b) Detaillierte Zeitplanung des Vorhabens
- c) Mit welchen Folgekosten ist nach Fertigstellung des Bauvorhabens zu rechnen?
- d) Welche Arbeiten sind im Zusammenhang mit dem Vorhaben bereits früher durchgeführt worden?
Liegt eine Baugenehmigung vor?
- e) Welche Umwelt- und Klimaauswirkungen sowie ggf. erforderliche Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahmen werden durch das Fördervorhaben bewirkt oder ausgelöst? Sind negative Auswirkungen auf Umwelt oder Klima zu befürchten und falls ja in welchem Umfang?

5. Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Antragsteller ist für das durchzuführende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt:

Hinweis: ja, zu % nein
 Wenn „ja“ Angaben in Nr. 3. und 7. ohne USt.

Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme:

Der nicht-kommunale Träger ist für das durchzuführende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt:

ja, zu % nein

6. Investitionen / Ausgabenplan

Die voraussichtlichen Gesamtausgaben des Vorhabens sind zeitlich und nach Teilbereichen gegliedert (z.B. Materialausgaben, Ingenieurleistungen, Konstruktion, größere Einzelpositionen etc.) darzustellen. Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen. Fremdleistungen und Eigenleistungen sind zu trennen und entsprechend im Ausgabenplan zu kennzeichnen. Sollte der hier vorgesehene Raum nicht ausreichen, ist der Ausgabenplan auf einer gesonderten Anlage zu erstellen.

Ausgabenart	Nettobetrag (ohne USt.) in Euro	USt. in Prozent	USt. in Euro	Bruttobetrag in Euro
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
	€		€	€
Gesamtausgaben	€		€	€

7. Geplante Finanzierung des Gesamtprojekts

Finanzierungsplan (Hinweis in Nr. 5 beachten)		Betrag
1) Eigenmittel	 €
2) Zuwendungen Dritter (Förderstellen bitte nachstehend angeben; z.B. Bundesförderung, Denkmalpflege, oder Mittel von kirchlichen/gemeinnützigen/privaten Trägern)	 €
3) Zuwendungen des Landes nach diesen Richtlinien	 €
4) Kapitalmarktdarlehen	 €
5) Zinsbegünstigte Darlehen	 €
Summe		€
Vom Antragsteller gewünschte haushaltsmäßige Aufteilung der beantragten Fördermittel²:	Jahr	Betrag
		€
		€
		€
		€
		€
	Summe	

8. Kumulation von Zuwendungen

Sind für das gleiche Projekt bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls Zuwendungen beantragt oder sollen Zuwendungen beantragt werden? ja nein

Wurden von einer anderen Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt? ja nein

Wenn ja, bei welcher Stelle, in welcher Höhe, aufgrund welcher Richtlinie und welcher Richtlinienziffer? (bereits vorliegende Zuwendungsbescheide sind beizufügen)

.....

Wenn Anträge abgelehnt wurden, ist die Begründung anzugeben

² Die Zuteilung soll sich am realistischen Bedarf nach gepl. Baubeginn und gepl. Baufortschritt orientieren. Das Land kann der gewünschten Aufteilung auf die Kalenderjahre nur nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechen.

9. Erklärungen des Antragstellers

- a) Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Projektes verwendet.
- b) Die erforderlichen Genehmigungen (z.B. denkmalschutz- oder baurechtliche) liegen vor bzw. werden rechtzeitig vor Baubeginn eingeholt.
- c) Mit der Baumaßnahme wurde noch nicht begonnen und wird vor Bestandskraft des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden.
- d) Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme wird eine trägerneutrale Weiterleitung der Fördermittel an nicht-kommunale Träger nicht vor der Erteilung des Zuwendungsbescheides durch das Land vereinbart.
- e) Ich bin/werde/Wir sind/werden uneingeschränkt Eigentümer oder ist/wird Erbbauberechtigte(r) der/des Grundstücke(s), auf dem/denen die Investitionen durchgeführt werden sollen.
ODER
Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme ist/wird ein Nutzungsvertrag abgeschlossen, der die öffentliche Nutzung des Gebäudes zur kommunalen oder sozialen Infrastruktur mindestens für die Dauer der Zweckbindungsfrist von 25 Jahren absichert.
- f) Die Vergabeverfahren werden von Beginn an fortlaufend, ausführlich und nachvollziehbar dokumentiert (Abbildung des gesamten Beschaffungsverfahrens). Alle Bekanntmachungen nach nationalem oder EU-Vergaberecht werden in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) bei der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V., Bierstadter Str. 9, 65189 Wiesbaden, Tel: 0611-974 588-0, Internet: www.had.de, veröffentlicht (Pflichtbekanntmachung).
- g) Bei einer kommunalersetzenen Maßnahme wird sichergestellt, z. B. durch eine vertragliche Vereinbarung, dass die für mich/uns als Antragsteller geltenden Bedingungen und Auflagen auch von dem nicht-kommunalen Träger eingehalten werden.
- h) Die Landesregierung veröffentlicht die Namen der Zuwendungsempfänger sowie Höhe und Zweck der gewährten Zuwendungen.
- i) Die Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in den Kommunen (Kommunalrichtlinie (Energie)) in der jeweils gültigen Fassung und die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften (ANBest-GK) sind mir/uns bekannt und werden beachtet. Demzufolge haben die kommunalen Zuwendungsempfänger das für sie geltende Vergaberecht anzuwenden. Dies gilt auch für Dritte bei Weiterleitung der Fördermittel an nicht-kommunale Träger.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Programmmittel auch bei einem bevollmächtigten Projektträger hafte/n. Dies gilt auch für den zu führenden Verwendungsnachweis und eine eventuell erforderliche Rückzahlung von nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln. Im Fall einer kommunalersetzenen Maßnahme wird die Haftung durch eine vertragliche Vereinbarung mit dem nicht-kommunalen Träger geregelt.

10. Liste beigefügter/beizufügender Unterlagen

Hinweis: Die Bewilligungsstelle kann ggf. weitere Unterlagen anfordern, soweit dies für die Beurteilung des Projektes erforderlich ist

- Projektbeschreibung, Projektkonzept, Ablaufplan
- Katasterkarte/Lageplan 1 : 1000 oder 1 : 500
- Bemaßte Pläne (Grundrisse, Ansichten, Schnitte) mit Kennzeichnung der für das Projekt maßgeblichen Darstellungen, Schritte, Angaben
- Bei Ersatzneubauten nach Teil II B:
Aufstellung der Nettoraumfläche des Abrissgebäudes inkl. bemaßter Pläne (Grundrisse, Geschosspläne)
- Rechnerischer Nachweis nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) / DIN V 18599 (alle Anträge)
- Rechnerischer Nachweis nach dem Passivhausprojektierungspaket (PHPP) oder ersatzweise nach einem geeigneten äquivalenten Nachweisverfahren (nur Passivhaus und Passivhaus Plus)
- Berechnung der Verringerung des Primär- und Endenergiebedarfs sowie des CO₂-Ausstoßes
- Bei Ersatzneubauten nach Teil II B:
Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum zur Förderung eines Ersatzneubaus
- Fachtechnische Stellungnahme/fachliches Gutachten zur Bewertung des Projekts
- Lichtbilder zum Vorhaben (Ist-Zustand bei Ersatzneubauten), ggf. auch angestrebter Zustand (Visualisierung, wenn vorhanden)
- vom Aussteller der Nachweise ausgefülltes Beiblatt zum Förderantrag
- Antragsunterlagen sowie alle beigefügten/beizufügenden Unterlagen auf digitalem Datenträger (CD oder USB-Stick)
- Erklärung über Vorsteuerabzugsberechtigung (wenn zutreffend)
- Zuwendungsbescheid/Angaben zur Förderung Dritter (Zuwendungsbescheid ist ggf. auch nach Antragstellung noch unaufgefordert nachzureichen)
- (DAWI-)De-minimis-Erklärung (wenn zutreffend)
- Sonstiges

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort

, den

Rechtsverbindliche Unterschrift/en (mit Dienstsiegel)